

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1948**

59 (30.7.1948)

DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTELBADEN

Erscheinungstage: Dienstag und Freitag / Monatsbeitrag: Mk 1,60 einschl. Trägerlohn, durch die Post Mk 1,84 / Anzeigen nach Tarif gegen Kennkarten-Ausweis / Anzeigen- und Redaktionschluß Mittwoch und Samstag 14 Uhr

KREISAUSGABE
STADT UND LANDKREIS LAHR

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 2365 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4400
Bankkonto: Oberheim, Bank, Zweigst. Lahr / Keine Ersatzanspr. bei Störung durch höh. Gewalt / Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr

NR. 59 / 2. JAHRG.

FREITAG, DEN 30. JULI 1948

PREIS 20 PFENNIG

Fühlungnahme südwestdeutscher Länder

Am Montag Zusammenkunft auf dem Hohenneuffen — Parlamentarischer Rat bis 1. September

Stuttgart. Die erste Fühlungnahme der württemberg-badischen Regierung mit den Kabinettsmitgliedern und den Landtagspräsidenten von Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden hinsichtlich einer eventuellen Vereinigung der drei Länder erfolgt am kommenden Montag auf dem Hohenneuffen, teilte ein Sprecher des württemberg-badischen Staatsministeriums mit. Zu der Tagung werden auch die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Parteien eingeladen werden.

Der Württemberg-Badische Landtag hatte am Mittwoch in namentlicher Abstimmung mit 70 Stimmen bei 9 Enthaltungen einen gemeinsamen Antrag der DVP, der CDU- und der SPD-Fraktion angenommen, worin die Staatsregierung zur Verhandlungsaufnahme mit den Regierungen der Länder Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden über ihre baldige Vereinigung mit Württemberg-Baden aufgefordert wird. Innenminister Fritz Ulrich gab vor der Abstimmung bekannt, daß die Volksabstimmung über eine Vereinigung der Landesteile voraussichtlich im Oktober stattfinden wird.

Das Ergebnis von Frankfurt

Frankfurt. Im Anschluß an die Besprechung zwischen den Ministerpräsidenten und den Militärgouverneuren wurde folgendes Kommuniqué bekanntgegeben:

„Als Ergebnis der letzten Beratung zwischen den Militärgouverneuren und den Ministerpräsidenten der drei westlichen Zonen, die unter dem Vorsitz von General Koenig stattfand, wurde ein Übereinkommen erreicht, demzufolge die Organisation der drei Zonen auf der Basis der Londoner Übereinkommen sofort beginnen wird. Die Landtage der elf Länder werden nunmehr sofort mit den nötigen Vorbereitungen zur Auswahl der Vertreter zu der parlamentarischen Versammlung beginnen, die die vorläufige Konstitution ausarbeiten wird. Es ist in Aussicht genommen, daß der parlamentarische Rat nicht später als zum 1. September zusammenzutreten wird.“

Gewisse Bemerkungen der Ministerpräsidenten werden den Regierungen zwecks Information und Berücksichtigung überwiesen. Das endgültig erzielte Übereinkommen über dieses wichtige Problem hat die größte Genugtuung bei den Ministerpräsidenten und Militärgouverneuren ausgelöst.“

Gesetzentwurf über den parlamentarischen Rat ausgearbeitet

Wiesbaden. Der trizonale Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Wahlmodus für den parlamentarischen Rat beendet seine Arbeit mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Gesetz über den parlamentarischen Rat. Es ist nicht zonen einheitlich festgelegt, sondern soll als Modellgesetz dienen, an das sich die einzelnen Landesparlamente bei der Abfassung der einzelnen Gesetze über den parlamentarischen Rat halten können. Insbesondere läßt der Entwurf die in den einzelnen Ländern verschiedenen Bestimmungen über die Immunität der Volksvertreter und ihre Besoldung offen.

Wie Staatssekretär Dr. Hermann Brill von der hessischen Staatskanzlei mitteilte, sieht das „Modellgesetz“ vor, daß die Regierungschefs der einzelnen Länder am 25. August den parlamentarischen Rat zum 1. September nach einem noch zu vereinbarenden Ort einberufen. Wie Dena erfährt, bewerben sich zur Zeit die Städte Karlsruhe und Koblenz darum, zum Sitzungsort ausgewählt zu werden. Aufgabe des parlamentarischen Rates wird es sein, ein für das Gebiet der drei Westzonen zu schaffendes Grundgesetz auszuarbeiten und den Ministerpräsidenten vorzulegen. Die Ministerpräsidenten werden das Grundgesetz den drei Militärgouverneuren zur Ratifizierung vorlegen.

In dem Modellgesetz ist ferner vorgesehen,

Neue Westmächte-Noten an UdSSR

Parallel zur Note Vorsprache der Botschafter in Moskau

Paris. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich haben, wie ein Sprecher der französischen Regierung am Mittwoch bekanntgab, eine gemeinsame Note an die Sowjetunion vorbereitet, die der sowjetischen Regierung in Kürze übermittleit werden soll.

Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich sind weiter übereingekommen, bei der sowjetischen Regierung wegen

daß sich die Mitglieder des parlamentarischen Rates während der Arbeitsperiode des Rates nicht vertreten lassen dürfen. Brill äußerte dazu, nach seiner Ansicht müsse der Rat in der Lage sein, das Grundgesetz innerhalb von vier bis sechs Wochen fertigzustellen.

Als Vertreter der Länder soll auf je 750 000 Einwohner ein Abgeordneter in den parlamentarischen Rat entsandt werden, jedoch soll mindestens ein Vertreter je Land im Rat vertreten sein (Diese Regelung betrifft insbesondere das Land Bremen). Für je 200 000 darüber hinausgehende Einwohner soll ebenfalls ein Abgeordneter benannt werden. Schließlich ist vorgesehen, daß sich die Landesregierungen offiziell beim parlamentarischen Rat vertreten lassen können. Ihre Beobachter sollen jedoch nur mit beratender Funktion an den Sitzungen des Rates teilnehmen. Brill äußerte, die Landesparlamente sollten die Wahl der Mitglieder für den parlamentarischen Rat zweckmäßigerweise bis zum 15. August durchführen.

Ländergrenzen-Ausschuß konstituiert

Frankfurt. Der von der Ministerpräsidenten-Konferenz eingesetzte Ausschuß zur Überprüfung der Ländergrenzen der Westzonen hat sich unter Vorsitz von Ministerpräsident Lüdemann konstituiert. In dem Ausschuß sind alle Länder der drei Westzonen vertreten. Um bei aller gebotenen Beschleunigung eine umfassende Bearbeitung der Probleme zu erreichen, wurden drei Arbeitsgruppen vorgesehen. Eine Gruppe soll die offenkundigen Mißstände, die sich aus willkürlichen Grenzziehungen ergeben haben,

studieren, sowie Anregungen und Beschwerden prüfen. Die zweite Gruppe soll die grundlegenden Entscheidungen planen, durch die ein gebietliches Fundament für einen echten föderativen Staat geschaffen werden soll. Die dritte Gruppe hat die Aufgabe, Material für eine Länderreform unter staatsrechtlichen und historischen Gesichtspunkten zu sammeln. Sachverständige können hinzugezogen werden. Die Gefahr einer Zersplitterung der Arbeit will man dadurch beseitigen, daß Ministerpräsident Lüdemann auch diesen Gremien vorsteht und so die Gesamtleitung in seiner Hand behält.

Die erste Zusammenkunft des Ausschusses diente dazu, die Arbeitsweise und das Verfahren festzulegen. Dabei ging man von der Tatsache aus, daß die Ministerpräsidenten sich nicht nur hinter die Notwendigkeit einer Länderreform stellten, sondern sich verpflichteten, zu berücksichtigen, daß ihre Vorschläge in unlösbarem Zusammenhang mit dem staatlichen Aufbau Westdeutschlands stehen. Um die Bevölkerung rechtzeitig unterrichten zu können, sollen die Arbeiten des Ausschusses soweit wie irgend möglich beschleunigt werden.

Verfassungsausschuß Westdeutschlands tagt am 10. August

München. Ein Verfassungsausschuß, bestehend aus je zwei Vertretern aller westdeutschen Länder, wird am 10. August in Herrenchiemsee zusammentreten, um die Vorbereitungsarbeiten zu einem Rahmenentwurf für die vorläufige Verfassung Westdeutschlands aufzunehmen, teilte die bayerische Staatskanzlei mit.

600 Tote in Ludwigshafen

Schweres Explosionsunglück in der Badischen Anilin- und Sodafabrik — Etwa 1400 Personen verletzt — Umfassende Hilfsmaßnahmen eingeleitet

Ludwigshafen. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich am Mittwochmittag gegen 3.35 Uhr in der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Die Ludwigshafener Krankenhäuser waren etwa eine halbe Stunde nach der Explosion bereits mit Verletzten überfüllt. Durch den Druck der Explosion sind in der näheren Umgebung sämtliche Fensterscheiben zerschlagen, Fensterrahmen herausgerissen und Dächer abgedeckt worden. In dem Mannheimer Geschäftsviertel, der sogenannten Breiten Straße, ist der größte Teil der Schaufenster zertrümmert. Die Stadt sieht aus wie nach einem schweren Luftangriff.

Die amerikanischen und französischen Besatzungsbehörden haben umfassende Hilfsmaßnahmen eingeleitet und Hilfskolonnen sowie Züge, Ärzte, Medikamente und Sanitätspersonal nach Ludwigshafen entsandt. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat

alle Ärzte des Landes über den Rundfunk aufgefordert, soweit irgend möglich, in Ludwigshafen zu helfen. Unter den Verletzten befinden sich zahlreiche französische Staatsangehörige. Über die Ursache der Katastrophe ist bis jetzt noch nichts bekannt.

Etwa 600 Personen sind bei der Ludwigshafener Katastrophe ums Leben gekommen, teilte die Stadtverwaltung Ludwigshafen und das Polizeipräsidium Mannheim am Mittwochabend mit. Ungefähr 1200 bis 1400 Personen wurden verletzt.

Flugzeugabsturz bei Breisach

Baden-Baden. Aus einem Verband von 8 dänischen Flugzeugen stürzte laut Südena am Dienstagabend bei Breisach am Oberrhein eine Maschine ab. Die zwei Mann Besatzung kamen dabei ums Leben.

US-Sanktionen gegen Blockade Berlins

Eisenbahngüterverkehr gesperrt — Auch Suezkanal soll für Sowjets gesperrt werden

Washington. Der Beschluß der Westmächte, den Eisenbahngüterverkehr aus und nach der Sowjetunion durch ihre Zonen in Deutschland zu verbieten, wird in einem Kommentar des Chefs des außenpolitischen Dienstes des International News Service, John A. Reichmann, als eine erste Gegenmaßnahme gegen die Blockade Berlins bezeichnet.

Obwohl der sowjetischen Wirtschaft durch diese Maßnahme kein großer Schaden zugefügt und in erster Linie nur der Handel zwischen der Sowjetunion und der Schweiz betroffen werde, betrachten diplomatische Beobachter in Washington diesen Schritt als

Anzeichen für die Bereitschaft der Westmächte, zu wirtschaftlichen Sanktionen zu schreiten. Man nimmt an, daß andere Maßnahmen, die während des Washingtoner Besuchs von General Lucius D. Clay beschlossen wurden und über die strengstes Stillschweigen bewahrt wird, folgen werden und weist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit einer Schließung des Suezkanals für sowjetische Schiffe sowie auf die eventuelle Weigerung, sowjetische Schiffe in alliierten Häfen mit Brennstoff zu versorgen hin.

Berlins Polizeipräsident suspendiert

SED-Spitze Markgraf amtsenthoben

Berlin. Auf Entscheidung des Magistrates ist der Berliner Polizeipräsident Markgraf mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben worden. Die Sowjetkommandantur erkennt die Suspendierung Markgrafs nicht an. Gut unterrichtete Kreise der Berliner Polizei erwarten eine Neuorganisation der Polizei der drei Westsektoren. Eine „Westpolizei“ würde unter der Leitung des vom Berliner Magistrat mit den Geschäften des suspendierten Polizeipräsidenten Markgraf betrauten Vizepräsidenten Dr. Johannes Stumpe stehen.

Soziale Auswirkungen

der Aufrechnung der Kopfbeträge bei der Währungsumstellung

Von P. Raule, M.d.L.

In § 6 des 1. Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz) ist bestimmt worden, daß jeder Einwohner des Währungsgebietes gegen Altgeldnoten desselben Nennbetrages ein Kopfgeld bis zu 60 DM erhalten kann. 40 DM wurden sofort ausgezahlt und die Auszahlung des Restes innerhalb von 2 Monaten in Aussicht gestellt. Weiter wurde für den Fall, daß den Berechtigten bei dem späteren Umtausch von Altgeld ein Anspruch auf Beträge in DM zusteht, die Anrechnung des Kopfbetrages hierauf vorbehalten.

In § 4 des 3. Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) wurde die Anrechnung der Kopfbeträge verfügt, der im Währungsgesetz enthaltene Vorbehalt verwirklicht und die Anrechnung der ausgezahlten Kopfbeträge mit weiteren 540 RM je Kopfbetrag an den zur Umwandlung angemeldeten Altguthaben angeordnet. Praktisch würde demnach für die erhaltenen Kopfbeträge der zehnfache Reichsmarkbetrag an den vorhandenen Reichsmarkmitteln ohne Rücksicht auf ihre Höhe, ihr Alter und die Art ihrer Entstehung gekürzt, soweit sie zur Deckung der Beträge überhaupt ausreichen. In Verbindung damit haben auch die Bestimmungen in § 4 der 1. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz besondere Bedeutung, da die Anordnung über die Reihenfolge, in der die Guthaben zur Deckung der Kopfbeträge heranzuziehen sind, zunächst die Auflösung der zahlreichen Kleinkonten zur Folge haben und das Erlöschen der kleinen Sparguthaben verursachen wird.

Die Anrechnung der Kopfbeträge an den Guthaben ohne Rücksicht auf ihre Höhe, auf die Vermögenslage und das Einkommen der Berechtigten wird sich sehr unsozial auswirken. Die Auflösung der kleinen Ersparnisse trifft nämlich in erster Linie die Altersrentner, die Arbeitsinvaliden, die Kriegsverwundeten, Kriegshinterbliebenen und Kriegswaisen, die Arbeiter und Angestellten der Industrie, die Hausangestellten und landwirtschaftlichen Arbeiter, ferner Beamte und Angestellte der öffentlichen Verwaltung besonders hart, aber auch die Mittelstandsschichten in empfindlicher Weise. Oft sind die Ersparnisse mühsam zusammengetragen, teilweise stammen sie von den Vorfahren her, sind echte Verzichte auf mögliche Lebensgenüsse und aus wertvollen ethischen Auffassungen heraus geschaffen. Insbesondere sind auch die Kinderkonten betroffen, ob sie nun Ausbildungsgelder der Eltern oder eigene Ersparnisse der Kinder aus Kleinerdiensten darstellen. Die Zerstörung dieser Ersparnisse widerspricht den Interessen des Volksganzen. Es ist unverständlich, daß der Nichtsparer, dem ein Guthaben zur Deckung des Kopfbetrages nicht weggenommen werden kann, besser gestellt ist als der Sparer, der Nichtsparer also für sein volkswirtschaftlich teilweise unnützes Verhalten noch belohnt wird. Auch muß es auf den Willen zur Sparsamkeit und Genügsamkeit eine verheerende Wirkung ausüben, wenn Nichtsparer und Sparer durch die Anrechnung der Kopfgeldquote wirtschaftlich gleichgestellt werden.

Mit der Vernichtung der kleinen Ersparnisse ist den ärmsten Schichten unseres Volkes der letzte Notgroschen und der — wenn auch geringfügige — wirtschaftliche Rückhalt genommen; damit sind Verzweiflung, Not und Sorge Tür und Tor geöffnet. Unzählige auf den Weg des Bettels verwiesen und von der Mildtätigkeit der Mitmenschen und des Staates abhängig gemacht. Insbesondere trifft dies für Alte und Arbeitsunfähige zu, die nicht mehr — auch nicht in der Zukunft — in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Da ihre Ersparnisse ohnehin auf ein Zehntel zusammenschrumpfen, bedeutet die Anrechnung der Kopfbeträge eine ganz besondere Härte. Ein großer Teil wird deshalb ausschließlich nach Aufzehrung der Kopfgeldquote auf die Unterstützung des Staates angewiesen sein. Dies wird eine der am deutlichsten sichtbaren sozialen Auswirkungen dieser Notgroschenvernichtung darstellen und den Etat des Staates, aber auch die Ausgaben und Steuern der übrigen Staatsbürger beeinflussen. Die ohnedies vorhandene Verarmung und noch drohende Verelendung weiter Volkskreise wird durch die Anrechnung der Kopfgeldquote noch krasser zutage treten. Die politischen Folgen dieser sozialen Entwicklung können nicht ernst genug genommen werden.

Durch die Anrechnung der Kopfbeträge werden bei den öffentlichen Sparkassen des heutigen Landes Baden schätzungsweise etwa 436 000 Sparkonten (bei etwa 1,2 Millionen Einwohnern) mit Einzelguthaben bis zu

500 RM und mit einem Gesamtguthaben von rund 75 Millionen RM aufgelöst und somit die Ersparnisse von 436 000 Bewohnern des Landes, von Männern, Frauen und Kindern, aufgesaugt. Darüber hinaus werden durch die Anrechnung der Kopfbeträge bei mehrköpfigen Familien auch Sparkonten mit größeren Guthaben aufgezehrt. Weiter werden etwa 350 000 Sparkonten mit Beträgen von 500 bis 3000 RM und einer Gesamtsumme von rund 190 Millionen RM ebenfalls von der Anrechnung der Kopfbeträge betroffen oder in Mitleidenschaft gezogen. In Südbaden wird insgesamt etwa die Hälfte aller Sparkonten gelöscht werden, für das gesamte Währungsgebiet wird die Zahl der von der völligen Auflösung betroffenen Sparkassenbücher auf nahezu 20 Millionen Stück geschätzt.

Abgesehen von den direkten und persönlichen Auswirkungen, die von der Anrechnung der Kopfbeträge ausgehen, drohen noch andere schwerwiegende Störungen volkswirtschaftlicher Art, insbesondere der Sparkapitalbildung und vor allem die ohnehin von der allgemeinen wirtschaftlichen Leistungskraft abhängigen Finanzierungsgrundlagen für den Neuaufbau unserer zerstörten Gebiete, hemmend. Davon wird in erster Linie der Wohnungsbau betroffen, der bei sinnvoller Förderung einen der übelsten Mißstände unserer gegenwärtigen Zeit und damit einen Teil der sozialen Schwierigkeiten, nämlich die Wohnungsnot, beseitigen würde. Voraussetzung für die Finanzierung des Wohnungsbaus ist die Sparkapitalbildung, die eine ausreichende Zuführung von langfristigem Hypothekenkaptal für den Bau von Wohnungen aller Art ermöglichen würde. Wenn allein in Südbaden etwa 10 v. H. der früher vorhandenen Häuser zerstört sind und darüber hinaus ein weiterer erheblicher Wohnungsmangel besteht, so wird die Bedeutung der Wohnungsauffinanzierung klar, zu der auch der letzte Spargroschen dienstbar und nützlich gemacht werden mußte. Wird die Bedeutung von menschenwürdigen Behausungen richtig eingeschätzt, so werden die Auswirkungen nicht übersehen werden können, die bei dem Weiterbestehen der gegenwärtigen Wohnungsverhältnisse in Stadt und Land auf die sozialen Verhältnisse unvermeidlich sind. Gerade der deutsche Hang zu Heim und Häuslichkeit muß eine ausreichende Befriedigung finden, wenn nicht ohnehin weite Teile durch den Krieg heimatlos gewordenen Volkskreise weiterhin entwurzelte bleiben sollen. Die Mißstände, die sich hieraus ergeben, liegen klar auf der Hand. Ihre Beseitigung und Verhinderung ist eine lebensnotwendige soziale Forderung.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß bei der Anrechnung der Kopfbeträge auf Altguthaben aller Art und ohne Rücksicht auf ihre Höhe sowie ohne Beachtung der wirtschaftlichen Lage der betroffenen Sparer folgende Wirkungen drohen:

1. Die wirtschaftlich schwächsten und ärmsten Volkskreise werden ihrer letzten Notgroschen beraubt.
2. Die Alten, Kranken und Arbeitsunfähigen werden von der Hilfe der Gemeinden restlos abhängig sein. Die Soziallasten werden erheblich ansteigen.
3. Das Vertrauen und die Hoffnung weiter Volksteile auf eine gerechte Lösung der sozialen Probleme wird erschüttert.
4. Das Vertrauen der Sparer zu den Sparkassen und anderen Geldinstituten wird größtenteils angeschlagen. Eine neue Sparkapitalbildung ist völlig in Frage gestellt, jedenfalls gefährdet.

Gäste auf Capri / Von Norah Pines

Capri. Ein paar Leute, die kürzlich im Restaurant Le Palme zu Abend aßen, waren höchst überrascht, als ihnen der Kellner zuflüsterte, das schwarzhaarige, dunkeläugige Mädchen dort drüben in der Ecke sei Carmencita Franco, die Tochter des spanischen Generalissimus. Daß sie sich auf Capri aufhielt, war eigentlich nicht besonders auffällig. Aber jeder, der es hörte, dachte unvermeidlich sofort an eine andere Tochter eines Diktators, die jetzt auf dieser schönen Insel lebt: Edda Ciano, die ehemals so einflußreiche Tochter Benito Mussolinis; sie hatte den größten Teil der letzten Monate in einer weißen Villa hoch über der Bucht von Piccolo Marina verbracht.

War es ein bloßer Zufall? Nach Ansicht der Bewohner Caprijs war der Grund für Carmencita Francos Besuch nur Touristen-Neugier.

Edda Ciano mit ihrer Sonnenbrille und ihren großen Strohhüten bietet einen gewohnten Anblick. Nur Neuankommlinge drehen sich noch nach ihr um, wenn sie vorbeigeht. Und sie geht oft vorbei, denn sie sucht keineswegs sich zu verbergen. Sie geht zum Strand, in Nachtclubs, auf die Piazza, Caprijs Haupttreffpunkt. Ich befragte ein paar Ortsangessene, was sie über ihre Gegenwart denken. Sie zuckten die Schultern und sagten: „Na, schließlich...“ Doch ist Edda Ciano klug genug, nicht mit Italienern Verkehr zu pflegen, abgesehen von ein paar intimen Freunden. Sie zieht Amerikaner und Engländer vor, die immer noch vom Glanze ihres Namens beeindruckt zu sein scheinen. Ein Amerikaner erzählte mir, sie sei sehr verbittert und spräche oft von ihrem Unglück, das sie als unbillig empfindet. In der Blütezeit des Faschismus hatte sie sich ein Haus auf den Hügeln Caprijs gebaut (ich halte es für das einzige wirklich häusliche Haus auf der Insel). Jetzt gehört es ihr nicht mehr, und sie wohnt bei Freunden. Diese ständige Erinnerung erhöht natürlich ihre Verbitterung.

Berühmtheiten sind nie rar in Capri, und unter den ständigen Bewohnern der Insel wie auch in den Fremdenlisten findet man viele bekannte Namen. Und dennoch werden

5. Die bisherige umfangreiche, bedeutsame Finanzierung des Wohnungsbaus, der öffentlichen Aufgaben und der mittelständischen Wirtschaft durch die Sparkassen wird unmöglich sein. Die Beseitigung der sozialen Mißstände durch das Fehlen menschenwürdiger Behausungen wird erschwert.

Auf die drohenden sozialen Gefahren habe ich, soweit sie aus dem 1. Währungsgesetz schon erkennbar waren, als Redner der Demokratischen Fraktion bei der ersten Währungsaussprache im Landtag am 22. 6. 1948 mit eingehenden fachlichen Ausführungen hingewiesen. Nachdem inzwischen auch das Emissionsgesetz und das Umstellungsgesetz erschienen sind und dadurch die Schwierigkeiten deutlicher sichtbar wurden, hat die Demokratische Fraktion des Badischen Landtags, um den oben dargestellten Gefahren entgegenzuwirken, bereits unterm 6. 7. 1948 einen Antrag eingebracht, wonach die Regierung ersucht werden soll, alsbald im Benehmen mit der Militärregierung dafür einzutreten, daß für jeden Inhaber eines Reichsmark-Abwicklungskontos und für jede Person, die zu seiner Familie zählt, Sparguthaben im Gesamtbetrag von je 3000 RM als Freibetrag vom Abzug der Kopf-

quote gemäß Artikel 4, § 9, Buchstabe a UG (§ 4 der Fassung für die Bizone) freigestellt werden. Soweit Sparguthaben des Inhabers eines Reichsmark-Abwicklungskontos oder der zu seiner Familie gehörenden Personen den hiernach zugelassenen Freibetrag von je 3000 RM übersteigen, soll das ausgezahlte Kopfgeld nach Artikel 4 ff, §§ 8 ff (Bizone §§ 4 ff) der I. Durchführungsverordnung ermittelt und angerechnet werden.

Schließlich hat in der zweiten Währungsaussprache im Badischen Landtag am 20. 7. 1948 die Demokratische Fraktion durch ihren Fraktionsvorsitzenden, Abg. Dr. Waeldin, den weiteren, sehr beachtlichen Vorschlag gemacht, daß Invaliden und Personen über 60 Jahre in besonderem Maße geschützt werden sollen (zu vergl. hierüber Landtagsbericht in Nr. 57 vom 23. 7. 48 dieser Zeitung).

Dort wurde die Umwertung der Altguthaben der Invaliden und der Einleger über 60 Jahre in einem Verhältnis von 10 zu 2 gefordert, wobei die Umrechnung größerer Guthaben, um sie nicht dem sofortigen Verzehr auszusetzen, in Leibrenten umgewandelt und durch Staatszuschüsse angemessen erhöht werden könnte.

Zusicherungen Koenigs an die Länderchefs

Eine französische Stellungnahme zum Demontage-Problem

Frankfurt. Der französische Militärgouverneur General Koenig sicherte den Ministerpräsidenten seiner Zone, zu er werde sich bei seiner Regierung dafür einsetzen, daß die Demontagen in der französischen Zone nicht durchgeführt werden, berichtete Ministerpräsident Peter Altmeier nach einer internen Besprechung bei General Koenig anlässlich der Zusammenkunft mit den Militärgouverneuren.

Am 23. Juli war gemeldet worden, daß die französische Militärregierung die Regierung von Württemberg-Hohenzollern angewiesen hat, sofort mit der Demontage von 38 Betrieben zu beginnen. Unter diese Betriebe fiel fast die gesamte Uhrenindustrie des Landes, darunter Junghans und Kienzle, sowie ihre Zubringerbetriebe. Ihre Demontage hätte die deutsche Wirtschaft der französischen Zone einen Exportverlust von 6,5 Millionen Dollar gekostet.

Baden-Baden. Presse- und Rundfunkmeldungen haben das Problem der Reparationen und Demontagen in den drei Westzonen erneut in den Vordergrund gerückt. Eine maßgebende Persönlichkeit der französischen Militärregierung legte wegen gewisser Ungenauigkeiten, die geeignet erscheinen, in der französischen Besatzungszone eine ungebührliche Erregung hervorzurufen, Wert darauf, folgende Richtigstellung zu geben:

Die Demontagen, die in der französischen Zone durchzuführen sind, ergeben sich nicht aus einer einseitigen Initiative der Militärregierung, sondern auf Grund internationaler Vereinbarungen, die vor kurzem in London bestätigt wurden. Die Demontagelisten sind auf Grund eines Uebereinkommens der beteiligten Militärregierungen für das gesamte Gebiet der drei Westzonen aufgestellt worden. Die Fabrikarüstungen werden der Interalliierten Reparations-Agentur in Brüssel zugewiesen, die allein über deren Verteilung zu entscheiden hat. Frankreich gelangt nur zu einem geringen Teil in den Besitz der demontierten Fabrikeinrichtungen. Die Listen sind übrigens auch den Vertretern der ERP-Organisation zur Ueberprüfung vor-

gelegt worden. Dadurch ist eine Gewähr gegeben, daß die beschlossenen Maßnahmen die Durchführung des Marshall-Plans in keiner Weise beeinträchtigen werden.

Die Demontagen in der französischen Zone gehen nicht über 6 Prozent des Wertes derjenigen hinaus, die in der Bizone durchgeführt werden, während sie unter Berücksichtigung des Industrie-Potentials 14 Prozent ausmachen müßten. Außerdem ist die Liste der französischen Zone unter Berücksichtigung des Umfangs der Beteiligung der Fabriken an den Kriegsanstrengungen und unter Berücksichtigung der Erweiterungen, die sich daraus ergeben haben, aufgestellt worden. Die Militärregierung hat sich von dem Wunsch leiten lassen, jede Arbeitslosigkeit und jede Einschränkung des Exports zu vermeiden, wie auch gleichzeitig von dem Bemühen, solche Industrien, die für den täglichen Bedarf der Bevölkerung notwendig sind, unberührt zu lassen. Die deutschen örtlichen Behörden haben Gelegenheit gehabt, ihren Standpunkt darzulegen, und ihm ist so weit wie irgend möglich Rechnung getragen worden.

Dr. Eckert und Dr. Zürcher die Vertreter Badens in Frankfurt

Freiburg. Bei den in Frankfurt stattfindenden Verhandlungen der Ministerpräsidenten ist der badische Staatspräsident Wohleb von Finanzminister Dr. Eckert begleitet. Ferner hat die Landesregierung in ihrer letzten Kabinettsitzung beschlossen, den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Zürcher, Freiburg, zum Vertreter des Landes Baden in der von den Ministerpräsidenten gebildeten Kommission zur Vorbereitung der künftigen staatsrechtlichen Zusammenfassung der Länder der drei Westzonen zu bestellen. Gleichzeitig hat die Landesregierung Dr. Zürcher als Vertreter des Landes Baden in den Länderausschuß berufen, der die Frage der zweckmäßigen Aenderung der territorialen Verhältnisse in Süddeutschland prüfen soll.

Aneileichung der Rationssätze zum 1. September fraglich

Frankfurt. Der für den 1. September vorgesehene Termin zur Angleichung der Rationssätze der französischen Zone an die der Bizone wird, wie Dena aus ununterrichteten Kreisen des Wirtschaftsrates erfährt, kaum einzuhalten sein. In diesem Zusammenhang wurde erneut betont, daß die Gleichstellung sich nicht auf die einzelnen Nahrungsmittel beziehe, sondern lediglich als Angleichung der Tageskalorienmenge erfolgen soll. Eine solche Angleichung der Kalorienmenge könne jedoch nur dann erfolgversprechend sein,

wenn die Entnahme deutscher Lebensmittel zur Versorgung der französischen Besatzungsbehörden eingestellt werde. Diese Entnahme wird laut Dena vom Wirtschaftsrat auf 23 Prozent der gesamten Erzeugung in der französischen Zone veranschlagt.

Skorzony entflohen

„Mussolini-Befreier“ will Spruchkammer schriftlich über die Gründe der Flucht berichten

Wiesbaden. Der ehemalige SS-Sturmbannführer Otto Skorzony ist aus dem Interniertenlager Darmstadt entflohen, teilte das hessische Befreiungsministerium mit. Skorzony, der im Jahre 1943 Mussolini aus seiner Haft entführte, stand vom 18.—19. September 1947 vor einem amerikanischen Militärgericht in Dachau unter der Anklage der Begehung von Kriegsverbrechen. Nachdem Skorzony und seine Mitangeklagten von dieser Anklage freigesprochen worden waren, wurde er zur Durchführung eines Spruchkammerverfahrens in das Interniertenlager Darmstadt gebracht. Die Spruchkammer-Verhandlung gegen Skorzony, für den die Klageschrift die Einstufung in die Gruppe der Hauptschuldigen beantragt, findet nunmehr in Abwesenheit des Betroffenen statt. Gegen den Flüchtigen ist ein Steckbrief erlassen worden.

Der Leiter des Interniertenlagers Darmstadt, Kurt Schmidtke, teilte mit, daß sich der Flüchtige nicht in Einzelhaft befunden hat. Dadurch sei seine Flucht begünstigt worden. Die Lagerleitung vermutet, daß der „Mussolini-Befreier“ durch den Stacheldraht kroch. Nach weiteren Angaben der Lagerleitung soll Skorzony vergeblich versucht haben, seinen früheren Adjutanten Karl Radl auf der Flucht mitzunehmen. Radl hat der Lagerleitung eine Erklärung Skorzonys übergeben, wonach Skorzony der Spruchkammer schriftlich über die Gründe seiner Flucht berichten will.

Haftbefehl gegen Prinz August Wilhelm

Stuttgart. Prinz August Wilhelm von Preußen, ein Sohn des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II., ist durch Beamte des Landeskommisariats Crailsheim verhaftet worden. Auf Grund einer Erklärung des Fürsten Ernst von Hohenlohe-Langenburg, 50 000 DM Kautions zu zahlen, falls Prinz August Wilhelm sich durch Flucht einer Untersuchung entziehen sollte, wurde der Prinz wieder freigelassen. Gegen den Prinzen liegt ein Haftbefehl des Amtsgerichts Potsdam wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor.

Das neue französische Kabinett

mit 329 gegen 190 Stimmen gebilligt
Paris. Das neue französische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident: André Marie, stellv. Ministerpräsidenten: Léon Blum, P. H. Teitgen, Staatsminister: Paul Ramadier, Henri Queuille, Justizminister: Robert Lecourt, Außenminister: Robert Schuman, Innenminister: Jules Moch, Finanz- und Wirtschaftsminister: Paul Reynaud, Landesverteidigung: René Mayer, Erziehungsminister: Yvon Delbos, Öffentliche Arbeiten und Verkehr: Christian Pineau, Industrie- und Handelsminister: Robert Lacoste, Landwirtschaftsminister: Pierre Pflimlin, Übersische Gebiete: Paul Coste-Floret, Arbeit und Sozialfürsorge: Daniel Mayer, Wiederaufbau und Städtebau: René Coty, Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer: André Maroselli, Gesundheitswesen und Bevölkerungsfragen: Pierre Schneider.

Außer diesen 19 Ministern gehören noch 8 Staatssekretäre zum neuen französischen Kabinett. Die radikalsozialistische Partei stellt außer dem Ministerpräsidenten vier Minister und zwei Staatssekretäre. Die Sozialisten und republikanische Volksbewegung stellen je sechs Minister und je zwei Staatssekretäre. Zwei Minister, Paul Reynaud und René Coty, und ein Staatssekretär sind unabhängig. Die demokratisch-sozialistische Freiheitspartei sowie die republikanische Freiheitspartei erhalten je ein Staatssekretariat.

Die französische Nationalversammlung billigte das von André Marie gebildete neue Kabinett mit 329 gegen 190 Stimmen.

Zeitgeschehen - kurz berichtet

Vorläufig keine Ermäßigung der Telegrammgebühren in der französischen Zone. Wie Südena von zuständiger Stelle erfährt, tritt in der französischen Zone am 1. August keine Aenderung der Telegrammgebühren ein. Die Frage, ob und wieweit zu einem späteren Zeitpunkt, etwa zum 1. September eine Angleichung an die mit Wirkung vom 1. August herabgesetzten Gebühren der Bizone vorgenommen werden kann, wird auf Grund der Entwicklung des Telegrammverkehrs seit der Währungsreform weiter geprüft.

Evangelisches Jugendwerk hilft. Zwölftausend Jugendliche aus Nord- und Südbaden erhalten durch das evangelische Jugendwerk Baden die Möglichkeit, die Ferien in Zeltlagern und Freizeiten zu verbringen, teilte der evangelische Presseverband mit. Durch die Ausgabe der Hooverspeisung in den Lagern sowie durch Spenden der amerikanischen christlichen Jugend wurde die Verpflegungsfrage gelöst.

SMA übernimmt ab 1. August offiziell die Versorgung Berlins. Die SMA teilte dem Berliner Magistrat offiziell mit, daß sie ab 1. August die Verpflegung der gesamten Berliner Bevölkerung übernehmen wird.

Konsularische Vertretung Argentinien in Deutschland. Dr. Enrique Carlos Dubois wurde zum Generalkonsul der Republik Argentinien in Deutschland ernannt. Sitz des

Generalkonsulates ist (ab Mitte August) Frankfurt a. Main. Ein weiteres Konsulat Argentinien wird demnächst in Baden-Baden errichtet und dem Konsul I. Kl. D. Arnaldo Barsanti (bisher Zürich) unterstellt.

Postüberwachung in der Ostzone. Bei den sächsischen Postämtern ist nach einer Meldung des „Sozialdemokrat“ ein Brief-Überwachungsdienst eingeführt worden. Das Blatt berichtet, daß Postsendungen nach dem Ausland und den Westzonen in den Sortierräumen ausgesondert, Absender und Empfänger in Listen aufgeführt und an den sowjetischen Postüberwachungsdienst und an die Abteilung K5 gemeldet werden. K5 ist die Tarnbezeichnung für die deutsche politische Polizei in der Sowjetzone.

Bau eines Elbe-Spree-Oder-Kanals geplant. In Brandenburg wurde eine Gesellschaft gegründet, die sich mit der Planung eines Verbindungskanals zwischen Elbe, Spree und Oder befaßt.

DAS NEUE BADEN

Verantwortlicher Redakteur: Günter Adamann
Ansch. der Redakt.: Lahr/Schw., Postf. 270, Tel. 2365.
Verlag: Demokratische Verlagsge. mbH., Lahr/Schw.
Druck: Moritz Schauberg, Lahr/Schw. — K. & H. Greiser, Rastatt (Baden). — Südwestdruck K.-G., Lörrach. — A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden).
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt



Vom „trauten Lied“ der Dreschmaschine

Im geschriebenen Worte wurde und wird das Bauernschicksal oftmals verniedlicht. Gewiß nicht in böser Absicht. Der Bauer nimmt es auch nicht krumm. Er lacht, halb mit-leidig, halb belustigt, er schüttelt auch mal unwirsch den Kopf, wenn er vom „trauten Lied der Dreschmaschine“ vom „sommerlichen Festgesang der Sensen“ und vom „melodi-schen Klang der Mähmaschinen“ liest. Er hört nämlich von solchen freundlichen Klängen nichts. Er könnte höchstens „ein Liedchen singen“ von bleischweren Gliedern, von Hitze, Staub und Durst, von Sturzbächen von Schweiß und von widerspenstigen Ma-schinen. Laßt uns nur einmal für kurze Zeit bei der Drescharbeit Hand anlegen, wo pausenlos die Treibriemen surren, pausenlos die Garben von den Erntewagen auf die Maschine fliegen, um den Rachen des ratter-pnden Ungetüms immer wieder zu füllen. Hier gibt nicht der Mensch, sondern die Maschine das Arbeitstempo an. Und sie läßt kaum Zeit zum Atemholen. Viele Arme müssen sich ihrem Rhythmus anpassen, dürfen nicht müde werden, nicht ausruhen, wenn die Ar-beit nicht ins Stocken geraten soll, denn die Zeit ist kostbar. Morgen warten bei einem anderen Bauern bereits Erntewagen und Erntekräfte auf die Dreschmaschine. Von dem vielgelesenen „trauten Lied der Dresch-maschine“ hört keiner der Helfer und Hel-ferinnen etwas. Wohl aber ein Lied von Mühe, Schweiß und Pflicht!

Stadtnotizen

Was ist aufgerufen? 1 Päckchen Süß-stoff für Normalverbraucher von 3-20 Jahren. Käse für Normalverbraucher und Teilselbstversorger nur in Brot: 6-10 Jahre 100 Gramm, 10 bis über 20 Jahre 125 Gramm, Schwerarbeiter Gruppe II 50 Gramm, Grup-pe III und IV je 100 Gramm. Ferner 1 Ei auf Abschnitt 22 der Eierkarte. Eine öffentliche Stadtratssitzung findet am Freitag, 16 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses statt. Die MEG führt ab 1. September auf allen Strecken wieder den Sonntagsverkehr ein. Mit dem Motorrad verunglückte am 23. Juli in Reichenbach das Ehepaar G. Die Frau wurde mit Gehirnerschütterung und Frelungen, der Mann mit inneren Verletzun-gen ins Krankenhaus eingeliefert. Ausstellung im „Lahrer Haus“. Vom 31. Juli bis 15. August wird im „Lahrer Haus“ die Ausstellung „Buch und Kunst in Frankreich“ mit Werken von Henri Matisse („Jazz“) und Georges Rouault gezeigt. Die Ausstellung wird am Samstag, 31. Juli, 11 Uhr, eröffnet. Die Ausstellung ist täglich von 11-20 Uhr durchgehend geöffnet. Der Eintritt ist frei. Stadtkapelle und Volkschor veranstalten am Sonntag, 20 Uhr, im Stadtpark ein Dop-pelkonzert. Der Eintrittspreis von 50 Dpf. ermöglicht jedem Musikfreund den Besuch. Volkshochschule. Auf den am Sonntag, 11 Uhr, im „Lahrer Haus“ stattfindenden Vor-trag von Dr. May über „Das Herz“ wird nochmals hingewiesen. Der Handharmonikaverein gibt am Sonn-tag, 16 Uhr, im Gasthaus „Zur Dammen-mühle“ ein Konzert. Die Schwarzwald-Lichtspiele zeigen ab Freitag Magda Schneider und W. A. Retty als „Zwei glückliche Menschen“, denen Char-lott Daudert und Oskar Sima zu ihrem Glück sekundieren. In den Palast-Lichtspielen wird der Film „Liebe läßt sich nicht erzwingen“ vorge-führt. Karin Hardt, Attila Hörbiger, Joe Stöckel und Josef Eichheim wollen uns den Beweis hierfür erbringen. „Dschungelgeheimnisse“ In den Schwarzwald-Lichtspielen wurde am Mittwoch, in zwei Vorstellungen der große Kulturfilm „Dschungelgeheimnisse“ vorgeführt. Einige Bilder, mit denen man einleitend das „atemberaubende Tempo“ unserer zivilisierten Welt einfangen wollte, erinnern sehr deutlich an das Alter des Filmstreifens. Doch bei den Bildern aus dem asiatischen Urwald vergißt man es. Hier war die Filmkamera in der Tat das „magische Auge“, das die Geheimnisse des Dschungels, seine tückisch lauernden Gefahren, Schrecken und Zauber der Natur im Urzustande er-spähte und festhielt. Schade, daß man solche Filme nicht öfters zu sehen bekommt an-stelle der zumeist belanglosen und läppi-schen Filmlustspiele! (Der Film wird heute, Donnerstag, um 21 Uhr in den Palast-Licht-spielen nochmals vorgeführt.)

Dank an die Schweizer-Spende

Der Kreisverein Lahr des Badischen Roten Kreuzes schreibt uns: „Die Schweizer-Spen-de, die eine halbamtliche Organisation war und vom Schweizer Bundesstaat finanziert wurde, ist zum 30. Juni 1948 aufgelöst wor-den. Jahrelang hat diese Organisation vor allem die Kinder durch Schulspesen, Kinder-heimverschickung und durch Medikamenten-Spenden betreut. In Lahr wurden täglich 600 Kinder und in den Gemeinden vorübergehend 300 Kinder mit einem warmen Frühstück beschert. Diese zusätzliche materielle Hilfe hat bei vielen Kindern ver-hütet, daß sie völlig zusammenbrachen und ein Opfer von Tbc und anderen schweren Krankheiten wurden. Ein Teil der Organi-sation, wie die Kinderheimverschickung, wird von dem schweizerischen Roten Kreuz weitergeführt; es kommt nur darauf an, daß die finanziellen Mittel von den bisherigen Kostenträgern — Ortskrankenkassen, Wohl-fahrtsämtern und Wohlfahrtsverbänden — wieder bereitgestellt werden können. Lei-der hat sich die in den Landtag gegebene Zu-sage nicht bewahrt; bis heute sind dem Roten Kreuz keinerlei Mittel zur Verfügung gestellt worden. Trotz der schweren Not, die uns die Währungsreform gebracht hat, wollen wir nicht undankbar werden und der Schweizer-Spende zu ihrem Abschied ein herzliches „Vergelt's Gott!“ zurufen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch allen denjenigen, die in rastloser Weise Tag für Tag bei der Schulspesung geholfen ha-ben, unseren herzlichen Dank sagen. Durch

Der Einzelhandel nach der Währungsreform

Versammlung der Bezirksstelle Lahr des Einzelhandelsverbandes

Am Mittwochvormittag hatten sich im „Falken“ die Mitglieder des Bezirks Lahr des Einzelhandelsverbandes versammelt, um zur Lage nach der Währungsreform Stellung zu nehmen. Herr Albert Nothelfer wies in seiner Eröffnungsansprache auf die Notwendigkeit eines Zusammenstehens und Zusammenhal-tens des Einzelhandels in diesen für ihn be-sonders entscheidenden Zeiten hin. Nur eine aktive Mitarbeit könne die Interessen des gesamten Einzelhandels und damit eines jeden einzelnen Geschäftes fördern. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes in Freiburg, Dr. Istwahn, hielt anschlie-ßend ein längeres Referat über die Lage des Einzelhandels nach der Währungsreform. Er streifte die Maßnahmen der Geldreform und ging dann auf die Auswirkungen des Wäh-rungsschnittes auf unsere südbadische Wirt-schaft allgemein und auf den Handel im be-sonderen ein. Da die Auflockerung der Be-wirtschaftungsmaßnahmen in Südbaden mit denen der Bizone nicht Schritt-halte, war der Handel nach der Währungsreform in der Hauptsache auf Lieferungen aus der Bizone angewiesen. Dadurch entstand die für die südbadische Wirtschaft sehr gefährliche Situa-tion, daß die verhältnismäßig geringen Barmittel zu einem großen Teil in die Bi-zone abflossen und somit der südbadischen Industrie zur Zahlung ihrer Löhne ver-loren gingen. Daher habe der Verband an zu-ständiger Stelle immer wieder auf die Not-wendigkeit der Angleichung der Bewirt-schaftungsmaßnahmen an die der Bizone

hingewiesen. Allerdings waren der südbadi-schen Regierung in gewisser Beziehung durch die Vorschriften der Militärregierung die Hände gebunden. Immerhin konnte in gewisser Beziehung manches erreicht wer-den. Nach einem Hinweis auf die Durchführung der Bestandsaufnahme am 20. 7. 1948, die übrigens immer noch nicht im Verordnungs-blatt erschienen und damit für Südbaden noch nicht rechtskräftig angeordnet worden sei, ging Dr. Istwahn auf die Preisbewegung in den einzelnen Branchen ein und referierte dann über die damit eng zusammenhän-genden Steuerfragen. Die Senkung der Ein-kommensteuer solle ja in Verbindung mit einer angestrebten Erhöhung der Tariflöhne und Gehälter die Angleichung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise ermöglichen. Tatsache sei jedenfalls, daß die Erhöhung der Rohmaterialien, bei Textilien z. B. in Baumwolle, nicht ohne Einwirkung auf die deutschen Preise bleiben wird. Dr. Istwahn ging dann noch auf die von dem Wirt-schaftsrat in Frankfurt verkündete Einfüh-rung der Gewerbefreiheit ein und die dar-aufhin von vielen Seiten dagegen erhobenen Einwände, die dahin gingen, daß doch zu-mindest von jedem, der einen Handels- oder sonstigen Gewerbebetrieb eröffnen will, der Nachweis der Sach- und Fachkunde gefor-dert werden müsse. Abschließend ging der Redner kurz auf alle die Fragen ein, in denen der Verband durch energischen Einsatz Maß-nahmen, die sich gegen den Lebensnerv des Einzelhandels richteten, verhindern, zum-indest jedoch abschwächen konnte. Dies sei ein Zeichen dafür, wie nötig der Zusammen-schluß des Einzelhandels gerade in der heu-tigen Zeit sei.

Eine kurze Aussprache, bei der aus Krei-sen des Lebensmittelhandels die Her-absetzung der Umsatzsteuer für die kaum einen Verdienst abwerfenden Erzeugnisse wie Butter, Margarine und Zucker gefordert wurde, beendete die Versammlung.

Nachrichten vom Standesamt

für die Zeit vom 21.-27. Juli 1948

Geburten: 21. 7. Karl Ludwig, V.: Karl August Dorner, Gastwirt; Klippenheim: Herta, V.: Ernst Rudolf Hürster, Arbeiter, Ichenheim: Rainer Ra-rald, V.: Franz Gustav Eichhorn, Kraftfahrer, Heilgenzell: Helga, V.: Alfred Gehring, Schlosser, Seelbach: 23. 7. Gerlinde, V.: Fritz Karl Killer, Kraftfahrer, Lahr: 26. 7. Anita Charlotte, V.: Max Mahr, Automechaniker, Lahr: Christine Johanna, V.: Albrecht Eduard Schäfer, Pfarrer, Mahlberg. Eheschließungen: 21. Helmut Hans Katzenmayer, Ingenieur für Vermessungstechnik und Margarete Anna Bechtel, Sekretärin, beide Lahr: 22. Franz Weber, Bahnhofsvorsteher, Jungnau, und Hanne-lore Hammele, Kontoristin, Lahr: 24. Werner Erich Max Merz, Friseur, und Gertrud Berne, ohne Be-ruf, beide Lahr: 27. Alfons Valentin Himmelsbach, Kaufmann, und Ruth Gerda Walter, Kaufm. An-gestellte, beide Lahr. Sterbefälle: 22. Müller August, Stadtarbeiter, Lahr, 62 Jahre; 24. Göhringer Friedrich Wilhelm, Etulmacher, 77 Jahre; 25. Kohlhase Karoline Mat-hilde, geb. Schneider, Lahr, 68 Jahre; Burget Jo-sefine, Rentnerin, Lahr, 67 Jahre. Kriegsterbefälle: 27. Karl Otto Kraft, Metzger, Obergefreiter, Lahr, 38 Jahre.

Gottesdienste

Evang. Gottesdienste Sonntag, 1. August 10. Sonntag n. Trin. (Kollekte) Burghelmer Kirche: 11.15 Uhr: Kindergottesdienst. Stiftskirche: 8.45 Uhr: Christenlehre für die 1. und 2. Stüfzsparte, 9.45 Uhr: Hauptgottesdienst (Pfr. Bartsch); 11 Uhr: Kindergottesdienst. Christuskirche: 9 Uhr: Christenlehre, 9.45 Uhr: Hauptgottesdienst (Pfr. Krastel); 11 Uhr: Kinder-gottesdienst. Ev. Vereinshaus, Bergstr. 15: Sonntag 20 Uhr und Donnerstag 20.30 Bibelstunde. Ev. Gemeinschaft Lahr, Zionskirche: Sonntag 10 Uhr: Predigt (R. Schöckel); 11 Uhr: Sonntagsschule; Mittwoch: 20 Uhr Bibelstunde; Freitag: 19 und 20 Uhr Jugendkreis. Kath. Gottesdienst St. Peter und Paul 1/7 Uhr Frühmesse, 1/8 Uhr hl. Messe mit An-sprache, 1/9 Uhr Amt mit Predigt, 10 Uhr Kinder-gottesdienst, 11 Uhr Militärgottesdienst, 20 Uhr Andacht. Kuratie Sancta Maria, Bismarckstr. 1/8 Uhr hl. Messe mit Monatskommunion der Männer und Jungmänner, 10 Uhr Kindergottesdienst, 20 Uhr Andacht.

Sport im Heimatbezirk

Offenburg gegen Lahr im Rückspiel Der 1. August bringt das mit Spannung erwar-tete Spiel Offenburg gegen Lahr. Bei der gegenwärtigen Geldknappheit war es verständlich, daß die Fußballbegeisterten am letzten Sonntag nicht zu Hunderten — wie es früher der Fall war — zum Vorpel in die Nachbarstadt fuhren. Nach dem verdienten 3:1-Sieg der Lahrer werden sie daher in um so größerer Zahl in das Sulzbachtal kommen, um sich ein Bild von der Spielstärke der beiden alten Rivalen zu machen. Das Spiel wird deswegen mit erhöhtem Interesse erwartet, weil die Offenburgler sich zur Zeit mit einer Neugrup-pierung ihrer ersten Garnitur beschäftigen. H.H.

Table with 4 columns: Team, Wins, Draws, Losses, Points. Includes teams like Sportfreunde Lahr, Altenheim, Elgersweiler, Seelbach, Schutterwald II, Sulz, Nonnenweier, Auenheim, Ottenheim, Ringsheim.

Badens Leichtathletik-Jugend ermittelt ihre Meister 1948 in Lahr

Der Sportplatz Dammenmühle wurde zur Austragungsstätte der Meisterschaften der Leichtathle-tik-Jugend Badens bestimmt, die am 7. und 8. August zur Durchführung gelangen. Der Meide-schluß für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wurde auf den 2. August festgelegt. In folgenden Disziplinen werden die Meister ermittelt: Männliche Jugend A: 100, 200, 400, 800, 1.500 Me-ter, 4mal-100-m-Staffel und 3mal-1.000-m-Staffel, Weitsprung, Hochsprung, Stabhochsprung, Kugel-stoßen, Diskuswerfen, Speerwerfen. Männliche Jugend B: 100, 300, 1.000 Meter, 4mal-100-m-Staffel, Hochsprung, Kugelstoßen, Diskus-werfen, Speerwerfen. Weibliche Jugend A: 100 Meter, 4mal-100 Me-ter, Weitsprung, Hochsprung, Kugelstoßen, Diskuswerfen, Speerwerfen. Weibliche Jugend B: 100 Meter, 4mal 100 Meter, Weitsprung, Hochsprung, Ballwurf. Die Ausrichtung dieser Meisterschaftstage wurde der Leichtathletikabteilung der Sportfreunde Lahr übertragen, die mit den Vorbereitungen bereits begonnen hat. Die Vorkämpfe werden am Sam-stag um 17 Uhr gestartet, der Sonntagvormittag ist für die Zwischenkämpfe vorbehalten, während am Nachmittag die Entscheidungen ausgetragen werden.

Das am 18. Juli wegen Unbespielbarkeit des Spielfeldes abgesagte Handball-Pokalturnier in Nonnenweier kommt nun unter der voraussetz-lichen Teilnahme von sechs Mannschaften der Kreis- und Bezirksklasse am 1. August zur Aus-tragung. K.B.

Eine Betrachtung zum Schülertour Mit welchem Feuerer die schulpflichtige Jugend sich innerhalb der Vereine und teils auf eigene Faust dem Sport widmet, zeigt das allgemeine In-teresse bei der Teilnahme der Schülermannschaften an den Rundenspielen im Fußball. Manch alter Fußballkämpfer lüchelt mit, wenn nun die jüngste Sportgeneration beim Spiel auf dem grünen Rasen mit einem Kreisel- oder WM-System aufkreuzt. Wie sieht es nun beim Bruder Handball aus, der gerade in unserem Kreisgebiet weite Verbreitung findet? Wohl taucht da und dort in Landverneinen eine Schülermannschaft auf, aber ein regelmäßiger Spiel-betrieb konnte bis jetzt noch nicht ausgeführt wer-den. Die organisatorische Erfassung wäre wirklich angebracht und manchem Idealisten würde sich hier ein schönes Aufgabengebiet öffnen in dieser oder jener Sportart, wie zum Beispiel Fußball, Hand-ball, Schwimmen, Turnen usw. den Nachwuchs des Vereines zu sichern. Wir freuen uns über die kleine Sportplatzveränderung, und es gehört eine schöne Portion Opfersinn jener Wenigen dazu, die im Trai-ning und in der Reisebegleitung den Kleinen den Sport als Ideal zeigen. K.B.

BLICK IN DIE LANDGEMEINDEN

Ichenheim. Im Alter von 78 Jahren ver-starb der Landwirt und frühere Jagdauf-seher Benjamin Biegert. Er wurde unter großer Anteilnahme zu Grabe getragen. Meissenheim. Die Familie Wilhelm Hok-enjos III in der Mühlstraße, erhielt von einigen Kameraden, die mit ihrem Sohn Her-bert in Kriegsgefangenschaft waren, die Nachricht, daß er in Gefangenschaft gestor-ben ist. Aus der Kriegsgefangenschaft kehrte Hans Hamm zurück. Kürzell. Unter großer Anteilnahme wurde der Landwirt Wilhelm Klotz zu Grabe ge-tragen. Im Alter von 70 Jahren erlöste ihn der Tod von einem langen, schmerzhaften Krankenlager. Der Verstorbene war früher Mitglied des Gemeinderates. Durch Kranz-niederlegung und ehrende Worte durch den Kreditverein wurde daran erinnert, daß er als Aufsichtsratsmitglied des Kreditvereins tätig war und sich Verdienste erworben hat als langjähriger Vorsitzender des Kreditver-eins — Im Alter von 73 Jahren verstarb nach kurzer Krankheit der Landwirt Karl Kopf I, ein wegen seines Fleißes und aufrechten Wesens allseits geachteter Bürger. Altdorf. Aus englischer Gefangenschaft ist Richard Möhringer zurückgekehrt. Ethenheim. Von der hiesigen Oberschule haben 12 Schüler die Abiturientenprüfung in Offenburg abgelegt. 2 Schüler haben das Examen nicht bestanden. Münchweiler. Aus russischer Gefangenschaft sind zurückgekehrt: Robert Beile, Emil Mat-tern und Adolf Burger. Grafenhausen. Am vergangenen Sonntag feierte die Gemeinde das Patroziniumsfest. Nachdem durch eifrigste, von unbeständigem Wetter wiederholt gestörte Erntearbeit doch der größte Teil der Ernte geborgen werden konnte, durfte man wirklich aufatmen. Der Festgottesdienst wurde durch den Kirchen-chor verschönt. Anschließend bewegte sich die Prozession durch die geschmückten Dorf-strassen. Bis in den späten Abend hinein vergnügte sich die Jugend aus nah und fern bei Karussell und Tanz — Am 25. Juli ver-starb im 74. Lebensjahre Frau Rosa Häfele, geb. Kurz.

Reichenbach. Am 24. Juli fand die Be-erdigung des im Alter von 70 Jahren verstorbenen Schneidemeisters Josef Bächle statt. Ein zahlreiches Trauergeloge gab dem Verstorbenen das letzte Geleit. — Am 26. Juli starb an einem Schlaganfall der Maurermeister Josef Schüssele im Alter von nahezu 77 Jahren. — Aus der Gefangenschaft ist Artur Korn, Sohn des Fahrradmechani-kers Albert Korn, zurückgekehrt. — 13 Mäd-chen und 14 Knaben wurden aus der Volks-schule entlassen. Seelbach. Kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahres starb am vergangenen Samstagabend der im Ortsteil Steinbach wohnhafte Landwirt Karl Ruf. Der von Wit-telbach Gebürtige war verheiratet mit der 1940 verstorbenen Maria, geb. Schmitt, von hier. Sein ältester Sohn Josef, Gärtner, ist 1946 in Gefangenschaft gestorben, während ein weiterer, nach Amerika ausgewandeter Sohn dem Vater ebenfalls im Tode voraus-ging. Dörlinbach. Am vergangenen Sonntag wurden 10 Mädchen und 14 Knaben aus der Volksschule entlassen. Aus diesem Anlaß fand im Gotteshaue die übliche Entlas-sungsfeier statt. Zur Verschönerung der Feier hat die Musikkapelle beigetragen. Friedrich Stubanus † Ottenheim. Am 21. Juli starb nach längerem Leiden der weit über die Ortsgrenzen hinaus bekannte Friedrich Stubanus, Land-wirt und Rechner der Spar- und Darlehns-kasse, im Alter von 67 Jahren. Im Jahre 1924 rief ihn das Vertrauen der Bevölkerung an den verantwortungsvollen Posten des Rech-ners des damaligen Ländlichen Kreditver-eins Ottenheim. Diesem Amt stand er nun fast ein Vierteljahrhundert in Hingabe, ver-bunden mit äußerster Gewissenhaftigkeit, vor. Sein Tod reiht eine schwere Lücke in den Ortsvereinen. Viele Jahre leitete er als Dirigent den evangelischen Kirchenchor. Eine große Menschenmenge begleitete den Verstorbenen auf seinem letzten Gang. Am Grabe legten Vertreter der Spar- und Dar-lehnskasse, des Hauptverbandes der Genos-senschaften und des Kirchenchors Kränze nieder.

